

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Vorsitzender der Fraktion der SPD
in der Stadtverordnetenversammlung Pohlheim

Haushaltsrede 2025

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Gäste und Vertreter der Presse,

die Fraktion der SPD stimmt dem vorgelegten Doppelhaushalt 2025/26 zu. Und zwar aus folgenden Gründen:

1. Wir verabschieden einen Haushalt, der wichtige Projekte unserer sozialen Infrastruktur anpackt. Allerorten wird von einem Investitionstau in Deutschland gesprochen. Dieses betrifft bei uns die dringend benötigten Kita-Plätze. Wir sind froh, dass der Neubau in der Magdeburger Straße mit fünf Gruppen bis Anfang 2026 zum Abschluss kommen wird. Des Weiteren wird die Kita in Garbenteich Fröbelstraße saniert, erweitert und auf den fachlich neuesten Stand gebracht. Daneben wird endlich ein Jugendzentrum entstehen. Die beeindruckenden Berichte zur aufsuchenden, offenen Jugendhilfe im letzten SKS haben erneut den enormen Problemdruck deutlich gemacht, auf den wir durch Schaffung neuer Planstellen in dieser Wahlperiode bereits reagiert haben. Daneben stehen zwei wichtige Renovierungsarbeiten im Bereich Sport und Gesundheit an. Dieses betrifft zum einen die gesamte Sportanlage an der Neumühle. Wir bedauern, dass es hier bislang nicht zu einer sportlich-fairen Kooperation mit dem FC Gießen gekommen ist, um auch für Turabdin Babylon eine Sportheimstätte zu schaffen. Dabei hat die Stadt beschlossen, die Fußballflächen zu sanieren und ggf. auch noch mehr Geld in die Hand zu nehmen, um einen Interessenausgleich herbeizuführen. Und die Jahrzehnte alte Leichtathletik-Anlage bedarf dringend der Renovierung. Wir wollen den Sportvereinen und für den Breitensport vernünftige Sportstätten zur Verfügung stellen. Daneben steht die Sanierung des Hallenbads ins Haus. Dazu hat sich eine interfraktionale Arbeitsgruppe gebildet. Wir setzen darauf, dass hier konstruktiv gearbeitet wird. Wir fordern den Landkreis auf, seiner Verantwortung für das Schulschwimmen und den Schwimm- und Tauchsport zahlreicher Vereine im Landkreis und darüber hinaus gerecht zu werden. Vorliegende Gutachten zum Stand der Beckenköpfe lassen es zu, die Inangriffnahme der Arbeiten zeitlich etwas zu verschieben, bis mit neuen Einnahmequellen deren Teil-Finanzierung durch Pohlheim leichter fallen wird.
2. Hinzu kommen andere investive Maßnahmen. Wir arbeiten die PV-Strategie ab, die sich die Stadt vorgenommen hat. Dieses und etwa der Ausbau des Radverkehrsnetzes sowie der Erhalt des innerstädtischen Öffentlichen Nahverkehrs dienen ebenfalls der

Verringerung von CO2 Emissionen. Des Weiteren sind Titel vorhanden, die zur Rückführung von städtischen Rasenflächen in einen naturhaften Zustand einleiten sollen. Dieses leistet einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt in unserer Stadt. Auch soll die Renaturierung des Flachsbachs eingeleitet werden. Zu all diesen Maßnahmen gilt es, Zuschüsse zu akquirieren. So wichtig, wie diese Maßnahmen mit Blick auf umweltfreundlichere Entwicklungen sind, so wichtig ist es auch, das öffentliche Straßennetz in Stand zu halten. Die frei gewordene Planstelle im Bereich Tiefbau konnte besetzt werden, es geht bei der Sanierung des innerörtlichen Straßennetzes weiter.

3. Entgegen der Erwartung, dass zu Beginn dieser nunmehr zu Ende gehenden Wahlperiode das Baugebiet Hausen-Ost und das Gewerbegebiet Garbenteich-Ost sofort umgesetzt werden könnten, mussten wir feststellen, dass insbesondere im Bereich Umweltschutz enorme Lücken bestanden. Diese konnten nun behoben werden, so dass im laufenden Jahr deren Erschließung und im Anschluss deren Bebauung in Angriff genommen werden können. Hinter der Friedensstraße soll es auch weitergehen: Pohlheim benötigt dringend Raum für neue Wohnungen, insbesondere neben Eigenheimen auch für Mietwohnungen einschließlich solche des sozialen Wohnungsbaus. Zugleich weist der Haushalt für die Zeit ab 2027 vermehrte Einnahmen aus diesen Baugebieten aus.
4. Die Stadt Pohlheim hat eine effiziente Verwaltung. Wir konnten in den letzten Jahren den Personalbestand aufstocken und nunmehr alle Stellen besetzen, haben aber in diesen beiden Haushalten keine Weiterungen vorgenommen, weil die Folgekosten derzeit nicht darstellbar sind – mit Ausnahme im Bereich der Kindertagesstätten. Pohlheim ist derzeit in den städtischen Kitas noch gut aufgestellt, allerdings gibt es in diesem Bereich landesweit eine hohe personelle Fluktuation. Es wird also darauf ankommen, das vorhandene Personal zu halten, nicht zuletzt durch eine gute Personalführung, Ausstattung der Arbeitsplätze und eine angemessene Entlohnung.
5. Natürlich hätten wir gerne noch mehr in Angriff genommen. Ursprüngliche Ansätze im Haushaltsentwurf mussten rausgestrichen oder nach hinten verschoben werden. Inhaltlich nachvollziehbaren Anträgen auch aus den eigenen Reihen, aber auch von CDU und FW konnte nicht zugestimmt werden, aber nicht, weil wir diese grundsätzlich ablehnen, sondern weil aktuell die Finanzen sehr knapp sind. Und eine Infragestellung der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes kommt für uns nicht in Frage. Im Gegenteil: Wir verabschieden heute einen Haushalt ohne Erhöhung städtischer Steuern bzw. Gebühren, was in zahlreichen Kreiskommunen leider nicht der Fall ist. Ich ermutige CDU und FW ihre Entscheidung zum Haushalt gerade unter diesem Gesichtspunkt zu überdenken. Ja, die Kreditaufnahme steigt. Zwei Argumente gegen eine Kreditaufnahme will ich gleich widerlegen: Wenn auf Bundes- und Landesebene der Kreditrahmen mit Stimmen der CDU in atemberaubender Weise ausgeweitet wird, kann doch nicht einer Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung in Pohlheim unvernünftiges Verhalten vorgeworfen werden: Es werden Zukunftsinvestitionen getätigt, es werden

Infrastrukturmaßnahmen endlich in Angriff genommen, das ist wichtig und gut so. Zweitens das Argument, Schulden würden auf die Kinder durchschlagen. Bauen wir irgendwelche Lusttempel für städtische Mandatsträger oder sonstige Kinkerlitzchen? Nein: Wir schaffen langlebige Anlagen, die die nachfolgende Generation braucht bzw. dann, wenn nicht vorhanden, von ihr selbst gebaut werden müssten: Kitas, Jugendzentrum, Sportanlagen, kommunale Infrastruktur etc. Und wir leisten Beiträge zum Klima- und Umweltschutz und insgesamt zur Förderung von Gesundheit. Wir holen teilweise nach, was längst hätte geschehen müssen, zumal damals die Finanzlage der Kommune besser war als heute. Wer sehen will, was eine aktive Generation den nachfolgenden Generationen an Problemen in der Infrastruktur hinterlässt, möge in einige europäische Staaten fahren und sich von dieser Wahnvorstellung einer unzulässigen Belastung der nachfolgenden Generation heilen lassen. Nein, wir die derzeit aktive Generation müssen unseren Kindern eine leistungsfähige Infrastruktur und eine geschützte Umwelt hinterlassen, dafür tragen wir und nur wir die Verantwortung. Deren Lebenslage – das ist Zukunftsinvestition! Natürlich werden wir unablässig bei Bund und Land nachfragen, die Kommunen finanziell besser auszustatten und nicht nur ständig mit neuen Aufgaben und Verfahrensvorschriften zu beschweren, ohne auf das Konnexitätsprinzip zu achten. Und wir Sozialdemokraten fordern unsere Genossinnen und Genossen im Landtag und in der Landesregierung auf, den hessischen Kommunen einen angemessenen Anteil an den durch Grundgesetzänderung ermöglichten Sondereinnahmen zukommen zu lassen. Vor allem fordern wir, die alten Förderbeiträge für Kita-Neubauten wieder in Kraft zusetzen – und zwar so, dass auch die Kita Magdeburger Straße daran partizipieren kann. Vielleicht kann die Pohlheimer CDU sich entschließen, ihre politischen Mandatsträger im Land ebenso in die Pflicht zu nehmen!

6. Die FDP hat zurecht das Ziel beschrieben, einen Haushaltsplan nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Genehmigungsfähigkeit zu betrachten, sondern auch danach, dass er den tatsächlichen Bedarf abbildet. Dem stimmen wir zu. Allerdings ist zu bedenken, dass auf Grund der bekannten Tatsache, unter welchen Umständen der heute zu beschließende Haushalt entwickelt wurde, eine derartige Korrektur nur dazu führt, dass wir vermutlich in 2025 keinen genehmigten Haushalt mehr bekommen. Deshalb mussten wir diesem Antrag für 2025/26 ablehnen, sind aber dabei, dieses für die Haushaltsaufstellung in 2027 umzusetzen. Nur wird jeder Haushalt Lücken und Überzeichnungen ausweisen. Das wurde uns überdeutlich vor Augen geführt, als es um die tatsächliche Höhe des Einkommenssteueranteils oder um die Umlagen in 2025 ging. Der FDP gebe ich zu bedenken, zahlreiche Haushaltstitel sind deckungsfähig, können also im Prozess ausgeglichen werden. Und wenn tatsächlich Geld über die schon pauschalen Kürzungen bei den Sachleistungen in Höhe von ca. 2 Prozent hinaus eingespart werden kann, dann verringern wir im Haushaltsjahr das nun veranschlagte Defizit. Im Übrigen wird die Jahresendbilanz eh günstiger aussehen als die Planung, weil dieser Haushalt frühestens ab Herbst gefahren werden kann.

7. Allerdings gehört auch mehr als ein Tropfen Wasser in den Wein möglicher Sparpotentiale: 40 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens gehen via Umlagen weg. Da hat die Stadt Pohlheim überhaupt keinen Handlungsspielraum, zumal ein wesentlicher Grund für den Anstieg der Kreisumlage die gestiegenen Sozialkosten sind, wo eigentlich der Bund stärker Entlastung schaffen müsste. Intern können auch die Personal- und Versorgungskosten mit einem Anteil von fast einem Drittel sowie die Sach- und Dienstleistungen für die Kitas nicht gekürzt werden, diese zusammen dominieren bei weitem die Ausgaben im Haushalt. Richtig ist vielmehr: Wir haben ein Einnahmeproblem. Dieses haben die Kommunalen Spitzenverbände ggb. dem Land gerade vor wenigen Tagen mehr als deutlich gemacht und diesem Problem werden wir als Stadt uns spätestens ab 2027 zuwenden müssen – und auf Grund der neuen Ansiedelungsgebiete auch können.
8. Wir stehen zu diesem Doppelhaushalt. Es ist schon jetzt davon auszugehen, dass der heute zu verabschiedende Haushalt frühestens im Herbst in Kraft treten wird. Die finanziellen Rahmenbedingungen für diesen Haushalt wurden endgültig erst im Februar dieses Jahres festgelegt. Das wird bei einem Haushalt 2026 nicht anders werden. Dann machen wir doch lieber in 2026 einen Nachtragshaushalt, der notwendige Korrekturen – in welche Richtung auch immer – vornimmt. Mit einem Doppelhaushalt – übrigens schon einmal angesichts anstehender Kommunalwahlen beschlossen – schaffen wir die Voraussetzung für ein kontinuierliches Arbeiten der Verwaltung.

Es bleibt mir, allen Beteiligten an der Haushaltserstellung, Bearbeitung, Beratung und nunmehr Beschlussfassung zu danken. Insbesondere der neu zusammengesetzten Finanzabteilung gilt mein Dank, verbunden mit den besten Wünschen für die Leiterin der Abteilung.

Uns allen aber ermutige ich, lokale Streitigkeiten und Differenzen auch unter einem wichtigen Gesichtspunkt zu überdenken: Es reicht nicht, demokratiekritische oder gar demokratiefeindliche Bewegungen und politische Gruppierungen mit Brandmauern welcher Haltbarkeit auch immer zu versehen, man muss vielmehr deren Entstehen bzw. deren Ausbreitung verhindern. Indem aber wir, Repräsentanten der Mitte der Gesellschaft, uns - wie leider allzu oft geschehen - ständig Unfähigkeit, Unwillen und Versagen vorwerfen - auch und gerade in sozialen Medien -, ermutigen wir die „Alternative“ zu Aussagen, bei ihnen werde alles besser. Unsere Konfliktstruktur ist eine wichtige Ursache für das Erstarken der Ränder. Wir hier in Pohlheim können bis zum Ende dieser Wahlperiode noch zeigen, dass wir einander zuhören und nach Kompromissen suchen. Dieser heute zu verabschiedende Haushalt ist ein Kompromiss, aber jeder andere Haushalt wäre es auch! Und wer immer hier die Mehrheit stellt, könnte ohne Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes seine Vorstellungen in der Praxis nicht umsetzen. Und da man nicht einzelne Positionen, die einem besonders am Herzen liegen, isoliert in Kraft setzen kann, muss man dann, wenn man eben dieses

Herzensanliegen realisiert sehen will – ich sage beispielsweise die verschiedenen Sportanlagen an der Neumühle -, dem Ganzen zustimmen. Vielleicht können auch die, die kritische Einwände gegen den vorliegenden Kompromiss geltend machen, einen Beitrag dazu leisten, dass die Stadt und deren Verwaltung handlungsfähig bleiben.